



18.3829

**Postulat Chevalley Isabelle.
Aktionsplan gegen
die Lebensmittelverschwendung****Postulat Chevalley Isabelle.
Plan d'action contre
le gaspillage alimentaire**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.18

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.03.19

Chevalley Isabelle (GL, VD): La Suisse s'est engagée à diminuer le gaspillage alimentaire de 50 pour cent d'ici 2030. A ce jour, le gaspillage alimentaire se trouve toujours parmi les 27 mesures figurant dans le plan d'action Economie verte du Conseil fédéral. Pourtant, plus aucune action n'est entreprise par la Confédération en vue d'atteindre cet objectif. De nombreuses actions privées se mettent en place, chacune à leur niveau et dans leur coin; il n'y a aucune coordination.

Atteindre un tel objectif nécessite de nombreux engagements dans différents domaines, avec l'appui des entreprises privées et des collectivités publiques. Il n'y a pas une seule solution à une telle problématique, mais c'est l'addition des actions qui va résoudre le problème. Un plan d'action permettrait de coordonner les différentes initiatives et d'en initier de nouvelles en collaboration avec le secteur privé. Ce plan devrait aboutir à des initiatives privées que la Confédération pourrait accompagner. On peut penser au système mis en place pour le recyclage des bouteilles de PET, où la branche collecte de manière volontaire quelques centimes par bouteille pour pouvoir financer la collecte, et où la Confédération a fixé une quantité minimale à recycler.

Notre Parlement a refusé toutes les propositions plus contraignantes visant à lutter contre le gaspillage alimentaire, comme l'interdiction d'incinérer des restes alimentaires, la diminution des règles administratives qui engendrent du gaspillage alimentaire, ou encore relancer la campagne d'information à destination du grand public. Soit, mais comment peut-on refuser l'élaboration d'un plan d'action prévoyant des mesures volontaires? Je dois dire que, cette fois, je suis à bout d'arguments. Si vous refusez ce postulat, seule une votation populaire pourra ouvrir les yeux de ceux qui n'ont pas encore compris que jeter des aliments, c'est idiot.

Je vous invite à soutenir mon postulat.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Das Postulat will eine Prüfung – das ist ja eigentlich der Kern eines Postulates. Nur ist es so formuliert, dass eigentlich gerade der Auftrag erteilt wird, einen Aktionsplan mit verschiedenen Massnahmen auszuarbeiten. Der Satz "Falls nötig, soll er weiterführende Massnahmen zu den verschiedenen Stossrichtungen vorschlagen" bedeutet ja nichts anderes, als dass man nebst demjenigen für eine grüne Wirtschaft schon wieder einen neuen Aktionsplan umsetzen soll.

Ich erinnere immer daran: Vorsicht bei Aktionsplänen! Aktionspläne stützen sich nicht auf eine aktuelle Gesetzgebung, sondern sind rein im Ermessen des Bundesrates. Wir haben dieses Spiel hier ja eindrücklich miterlebt, als die vormalige Bundesrätin einen Aktionsplan Grüne Wirtschaft mit 27 Massnahmen erlassen hat, obwohl das Parlament die Vorlage für eine grüne Wirtschaft wegen drohender Bürokratie und aus anderen Gründen abgelehnt hat. So geht es eben nicht.

Das Postulat ist in dem Sinne auch sehr eindimensional. Es werden neue Aufgaben für den Bund gesucht, es wird eine Koordinationsplattform vorgeschlagen, und es wird auch ein sogenannter Index vorgeschlagen. Da muss ich dann wieder fragen, wie man den in Bezug auf die Lebensmittelverschwendung umsetzen könnte: Wer erhebt dann die Daten und die Fakten, um diesen Index mit Inhalt zu füllen? Das werden dann wieder die privaten Unternehmungen sein, die Restaurants, die Detailhändler usw., die ja jeweils wieder einen neuen bürokratischen Aufwand haben, um diesen Index mit Leben zu füllen. Ein Index wird ja dann einfach irgendwo auf einer Verpackung oder in einem Geschäftsbericht oder in einer Kommunikationskampagne des Bundesrates präsentiert und wird dort dann einfach schön das Buch füllen. Hier ist auch eine Vollmacht für den





Bundesrat stipuliert, sodass er die Massnahmen eigentlich ohne gesetzliche Grundlage mit einem Aktionsplan vollstrecken kann – das habe ich bereits erwähnt.

Was dabei besonders ins Auge sticht – das ist eigentlich relativ enttäuschend -: Das Wort "Konsumentin" oder "Konsument" kommt gar nicht vor. Ich meine, wenn man bei der Lebensmittelverschwendung ansetzen will, dann geht es in erster Linie auch einmal darum, dass die Konsumentinnen und Konsumenten, die in unseren Augen mündig und nicht einfach hilflose Geschöpfe in einem Zwischenuniversum sind, sich Gedanken machen: Wie viel kaufe ich ein, was kaufe ich ein – Stichwort regional, saisonal einkaufen –, damit ich meine Lebensmittelversorgung und Nahrungsmittelaufnahme gezielt auch selber, mit Betonung auf "selber", beeinflussen kann? Es geht nicht darum, dass der Bundesrat dann Indizes, Aktionspläne macht und Koordinationsplattformen ins Leben ruft, mit denen dann einerseits wieder die

AB 2019 N 52 / BO 2019 N 52

Bürgerinnen und Bürger bevormundet werden und andererseits ein bürokratischer Aufwand entsteht. Deshalb hat das Parlament damals ja bereits die Standesinitiative Solothurn 17.313 abgelehnt, aus genau diesen besagten Gründen, damit wir hier nicht wieder eine neue Regulierung erleben müssen. In diesem Sinn bitte ich Sie, dieses Postulat abzulehnen.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Monsieur Wasserfallen, vous dites qu'il faut sensibiliser le consommateur et vous avez raison. Alors pourquoi avez-vous refusé de soutenir ma proposition visant à relancer la campagne pour sensibiliser les consommatrices et les consommateurs? Vous avez voté non à cette proposition. Pourquoi?

Wasserfallen Christian (RL, BE): Madame Chevalley, je relève un mot dans le nom de votre parti, le mot "libéral": j'espère que cela signifie encore quelque chose.

Je sais que vous avez toujours un plan d'action dans votre tête, qui doit être conduit par l'Etat, dans tous les domaines. Mais nous, en tant que libéraux-radicaux, nous avons un avis contraire. Premièrement, je crois que tous les consommateurs peuvent réfléchir par eux-mêmes et décider de ce qui est bien ou non. Le deuxième point concerne la communication à la population – vous m'avez posé une question, Madame Chevalley, alors il ne faut pas me dire d'arrêter, je vais répondre et en français. Ce sont les consommateurs qui décident et c'est aussi au secteur privé de communiquer. Migros ou Coop, par exemple, ont déjà fait beaucoup pour sensibiliser les gens dans ce domaine. Je crois que nous n'avons pas besoin de mesures de l'Etat.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Herr Nationalrat Wasserfallen hat natürlich schon Recht. Ich denke, es ist im Interesse aller Konsumentinnen und Konsumenten, aber natürlich jetzt auch z. B. im Interesse der Gastrobranche oder der Hotellerie, Lebensmittelverschwendung zu vermeiden. Es ist nämlich auch so, dass das eine unglaublich teure Angelegenheit ist. Die Untersuchungen zeigen, dass ein durchschnittlicher Haushalt pro Jahr Lebensmittel im Wert von 500 bis 1000 Franken wegwirft – jeder Haushalt 500 bis 1000 Franken! Wenn man noch die Gastronomie- und Hotelbranche anschaut, stellt man fest, dass dort die Abfallmenge bei Lebensmitteln pro Jahr rund 200 000 Tonnen beträgt. Das ist ein Verlust im Wert von rund einer Milliarde Franken. Ich glaube, diese Zahlen zeigen: Wenn es nur um den guten Willen ginge, hätten diese Branchen eigentlich längstens alle Massnahmen ergriffen, um sich diesen Verlust von einer Milliarde zu ersparen, denn sie können ja rechnen und sind unter Druck.

Diese Zahlen zeigen auch, dass der Einzelne zwar sehr viel dazu beitragen kann. Wenn man die ganze Lebensmittelkette schon von Anfang an, also bei der Produktion, bei der Verarbeitung und beim Handel anschaut, zeigt sich aber, dass es da offenbar auch Grenzen gibt respektive dass eine Zusammenarbeit nötig ist. Da kann man vielleicht schon noch einiges tun, um die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Es geht also eigentlich – so verstehe ich das Postulat Chevalley – nicht um die Entbindung des Einzelnen von seiner Verantwortung. Aber ich sage Ihnen noch einmal: Wenn die Gastrobranche diese Milliarden einfach so wegsteckt, dann hat sie nicht zu viel Geld, sondern offenbar ein Problem damit, selber und für sich allein diese enormen Verluste zu verringern.

In diesem Sinne ist ein Aktionsplan mit der Möglichkeit, allenfalls auch freiwillig neue Massnahmen aufzunehmen, wie es hier gefordert wird, eine gute Piste. Sie hat auch eine Basis, sie ist nicht einfach aus der Luft gegriffen. Die Schweiz hat bei der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die sie auch unterzeichnet hat, gesagt, dass sie sich darauf festlegen möchte, die Lebensmittelabfälle bis 2030 auf Stufe Konsum zu halbieren und eben auch in den vorgelagerten Produktionsstufen deutlich zu reduzieren.

Ein Aktionsplan müsste eigentlich von liberaler Seite, wenn ich das so sagen darf, doch eher unterstützt werden. Das heisst nämlich, wir machen mal keine neuen Gesetze, sondern schauen zuerst mit der Branche und allen Beteiligten zusammen, was man tun kann, was den einen und den anderen dient, wie wir vorwärts-



kommen, um eben die Gastronomie, aber auch die Haushalte finanziell zu entlasten. Erst eigentlich in einem weiteren Schritt, wenn man sieht, dass man mit einem Aktionsplan, mit freiwilligen Möglichkeiten, nicht weiterkommt, machen Sie dann ja jeweils Vorstösse, und dann kommen wir jeweils mit Gesetzesvorschlägen. Ich denke eigentlich, das Postulat verfolgt ein liberales Anliegen mit einem sehr sinnvollen Ziel: die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren und einzuschränken. Es ist finanziell und wirtschaftlich interessant. Es ist aber natürlich auch aus ökologischen und, so würde ich sagen, aus moralischen Gründen ein wichtiges Anliegen. Schauen Sie, es gibt auf der Welt Menschen, die verhungern, und wir sprechen hier über Lebensmittelverschwendung in einem Ausmass, dass es einem eigentlich eher schlecht wird. Dass man hier einen Indikator erarbeitet, ist keine Bürokratie, sondern das passiert eigentlich nur, um überhaupt gewisse Messgrössen zu haben, um zu wissen, ob wir die Ziele erreicht haben, ob wir besser geworden sind oder nicht. In diesem Sinne werden wir hier nicht Bürokratie produzieren, sondern klare Angaben, damit Sie sich orientieren können und sehen, ob und wie ein solcher Aktionsplan seine Ziele erfüllt.

Bigler Hans-Ulrich (RL, ZH): Frau Bundesrätin, danke für Ihre Ausführungen. Es ist natürlich etwas einfach, der Gastronomie bezüglich der Lebensmittelverschwendung den Schwarzen Peter zuzuweisen. Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen – das wissen Sie natürlich so gut wie ich –, dass die Gastroindustrie sehr scharf kalkulieren muss, weil man dort nämlich keine riesengrossen Margen hat.

Meine Frage an Sie: Haben Sie Zahlen in Bezug auf die Lebensmittelverschwendung, die dadurch verursacht wird, dass eben Mahlzeiten von den Konsumenten nicht fertiggegessen, sondern zurückgeschoben werden?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Ich habe in keiner Art und Weise der Gastronomie den Schwarzen Peter zugeschoben, im Gegenteil. Ich habe Ihnen gesagt: Wenn es die Gastronomie selber mit einfachen Möglichkeiten verhindern könnte, 200 000 Tonnen Abfälle zu produzieren, dann würde sie es machen, weil es für sie nämlich wirtschaftlich auch eine Belastung ist. Ich habe es nur als Argument genommen, um zu sagen, man müsse eben die ganze Kette anschauen. Am Schluss einfach der Gastronomie den Schwarzen Peter zuzuschieben, das finde ich falsch.

Zu Ihrer Frage, wie viel die Konsumenten nicht fertigessen, habe ich keine Zahlen. Ich denke, das ist dann auch ein bisschen relativ. Es gibt Leute, die wären froh, die Portionen wären jeweils ein bisschen kleiner, damit sie auch ausessen und die Form wahren können. Die anderen haben Angst, sie müssten hungrig vom Tisch gehen, weil zu wenig auf dem Teller ist, und rufen dann aus, sie hätten bezahlt, aber nicht einmal genug gegessen. Das ist wahrscheinlich keine ganz einfache Aufgabe. Aber insgesamt ist es eben auch im Interesse der Gastronomie, dass wir hier gemeinsam überlegen, ob man noch etwas tun kann, damit diese Lebensmittelverschwendung und diese finanzielle Belastung zurückgehen.

Bourgeois Jacques (RL, FR): Madame la conseillère fédérale, je vous remercie pour les propos tenus. Nul doute, je crois, que l'on doit lutter contre le gaspillage alimentaire, cela a du sens. Le Conseil fédéral a déjà mis en place, sauf erreur, un groupe de travail qui devait plancher sur des mesures concrètes pour lutter contre le gaspillage alimentaire. Qu'en est-il de ces mesures qui devaient être mises en place? Elles portaient notamment sur la sensibilisation et l'information des consommateurs; ces questions devaient également être au centre de la lutte contre le gaspillage alimentaire.

Sommaruga Simonetta, conseillère fédérale: Je vous remercie pour votre question, Monsieur Bourgeois. Un groupe d'experts existe et se penche sur ce thème, notamment dans le cadre de la mise en oeuvre de l'Agenda 2030 pour le développement durable. Ce que je peux vous dire aujourd'hui, c'est que différents offices de la Confédération mais aussi

AB 2019 N 53 / BO 2019 N 53

des acteurs issus des milieux économiques participent à la réflexion. Une campagne de sensibilisation, menée à large échelle et intitulée "Save food, fight waste", est prévue pour la deuxième moitié de l'année 2019.

Le postulat, quant à lui, évoque plutôt un plan d'action qui préconise des mesures concrètes. D'ailleurs, en ce qui vous concerne et en ce qui concerne les milieux agricoles, je pense que participer à un tel plan d'action serait intéressant étant donné que les questions qu'il traiterait touchent aussi l'agriculture.

Amstutz Adrian (V, BE): Frau Bundesrätin, erlauben Sie mir vorab eine persönliche Bemerkung: Ich habe oft zu wenig auf dem Teller und hätte also gerne grössere Portionen. Aber nun ernsthaft: Sehen Sie nicht erstens auch ein Problem in der heutigen Lebensmittelgesetzgebung, indem sie in Bezug auf Ablaufdaten völlig übertriebene Normen setzt? Die Restaurants und die Hotellerie sind vielfach auch gezwungen, Lebensmittel



wegzuwerfen, die eigentlich noch geniessbar wären.

Das zweite Problem betrifft die Weiterverwendung dieser Abfälle. Früher konnte man sie den Schweinen verfüttern usw. Heute werden sie von A nach B transportiert, um verbrannt zu werden. Vielleicht müssten wir wieder etwas von der Hygienehysterie zurückbuchstabieren, in die wir in diesem Bereich verfallen sind.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Ja, Herr Nationalrat Amstutz, es tut mir leid, dass Sie regelmässig zu wenig zu essen kriegen. Vielleicht könnten jeweils im Restaurant diejenigen, die zu viel auf dem Teller haben, einen Abtausch mit den anderen machen.

Ich würde jetzt die Schuld an der Lebensmittelverschwendung nicht einfach der Lebensmittelgesetzgebung geben. Aber es ist in der Tat so – ich bin durchaus offen dafür, mir das zu überlegen –, dass manchmal die Verbrauchsdauer sehr kurz ist. Ich bin auch jemand, der sich nicht einfach sklavisch daran hält. Aber es ist natürlich so, dass man in der Gastronomie gebunden ist, sich daran zu halten. Das ist eine Frage, denke ich, die man in diesem Zusammenhang gern anschauen kann. Ich würde sagen, es gibt ja die Möglichkeit, wenn man das mit der Branche anschaut, gerade auch solche Überlegungen anzustellen und dann zu schauen, ob man allenfalls Änderungen – allenfalls auch Gesetzesänderungen – erwägt. Dafür bin ich sehr offen. Ich glaube nicht, dass wir da schon irgendeinen bestimmten Fokus haben. Frau Chevalley nickt. Ich glaube, da besteht Einigkeit, aber zuerst müssen Sie das Postulat annehmen.

Präsident (Brand Heinz, zweiter Vizepräsident): Sicherheitshalber werden wir einen Protokollauszug der heutigen Beratungen Frau Amstutz zukommen lassen. (*Heiterkeit*)

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.3829/18203)

Für Annahme des Postulates ... 108 Stimmen

Dagegen ... 76 Stimmen

(5 Enthaltungen)